

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**  
Federführender Fachbereich  
Stadtkasse

## **Mitteilungsvorlage (PVRAT)**

**Drucksachen-Nr. 363/2007**  
**nicht öffentlich**

<b>Gremium</b>	<b>Sitzungsdatum</b>	<b>Art der Behandlung</b>
Jugendhilfeausschuss	04.09.2007	Beratung

### **Tagesordnungspunkt**

**Bearbeitungsstand bei den Elternbeiträgen für die Tagesbetreuung für Kinder**

In der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden am 30.05.2007 (Drucksachen-Nr. 248/2007) wurde aufgrund der Behandlung einer Bürgerbeschwerde darum gebeten, die Situation im Bereich „Elternbeiträge“ im Jugendhilfeausschuss darzustellen.

## **1. Ausgangslage**

Seit Jahren (bereits vor dem Jahr 2000) bestehen im Bereich Elternbeiträge Arbeitsrückstände, die sich im Wesentlichen auf die abschließenden Einkommensüberprüfungen nach Austritt der Kinder aus der Kindertagesstätte und unerledigte Widersprüche beschränken. Diese sind - zumindest bis zum Jahr 2006 – hauptsächlich durch personelle Engpässe und langjährige Unterbesetzung des Sachgebietes (was auch in der durch die städtische Haushaltssituation begründeten notwendigen restriktiven Personalpolitik seine Ursache hatte) begründet. Bis Ende 2005 waren (zeitlich versetzt) mehrere Stellen bis zu 9 Monaten unbesetzt bzw. ein Mitarbeiter seit Jahren immer wieder wegen Krankheit ausgefallen und die letzten 18 Monate seiner Beschäftigungszeit nicht mehr arbeitsfähig. Durch kurzfristige /-zeitige Aushilfskräfte, die jeweils entsprechend eingearbeitet werden mussten, konnten die Rückstände nicht zuverlässig abgearbeitet werden.

## **2. zusätzliche Belastungen**

Die schwierige Situation im Bereich Elternbeiträge wurde Ende 2004 durch die dringend erforderliche Einführung einer neuen Software und die damit verbundenen Umstellungsarbeiten und Anfangsschwierigkeiten noch verstärkt.

Zum 01.08.2005 wurde ein neuer Bestandteil der Software „Kita 2000“ für den Bereich der Offenen Ganztagschule (OGS) eingeführt. Da eine Datenübernahme aus dem bisherigen Programm (Prosoz) nicht möglich war, mussten alle Kinder von Hand erfasst werden. Dies bedeutete, dass allein im OGS-Bereich 1126 Kinder manuell erfasst werden mussten. Im Kindergarten-Bereich gab es 1194 Neuaufnahmen zum 01.08.2005. Die Rückstände aus der laufenden Bearbeitung des Kindergartenjahres 2005/2006 wurden bis Mitte 2006 abgearbeitet.

Zum 01.08.2006 kam die Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK), durch die die Kommunen gezwungen wurden, eigene Satzungen für die Erhebung der Elternbeiträge zu erlassen. Die Elternbeitragsatzung der Stadt Bergisch Gladbach wurde am 08.06.2006 beschlossen, somit konnte erst zu diesem Zeitpunkt der Auftrag für eine umfangreiche Anpassung der Software erteilt werden. Die Änderung der gesetzlichen Vorschriften und die Tatsache, dass sowohl die Einkommensgruppen als auch die Einkommensstufen und Betreuungsarten geändert wurden und zusätzlich eine familienbezogene Bearbeitung und Aktenführung durch die angebotsübergreifende Geschwisterregelung erforderlich wurden, machten eine vollständige Änderung bzw. Umstrukturierung der verwendeten Software erforderlich.

Nachdem das neue Programm erstellt und getestet war, konnte es erst am 09.10.2006 in Betrieb genommen werden.

Aufgrund der neuen Satzung musste für alle Kinder in Kindertagesstätten, in den Offenen Ganztagschulen und in der Kindertagespflege ein neuer Beitragsbescheid erlassen werden, da sich alle Beiträge und Betreuungsarten geändert hatten.

So mussten zum Beginn des Kindergartenjahres 2006/2007 nicht nur die im normalen Jahresrhythmus üblichen ca. 1200 Kinder „bearbeitet“ werden, sondern alle fast 5500 Kinder, die zu diesem Zeitpunkt eine Tageseinrichtung besuchten. Die entstandene Mehrarbeit, die ca. ein viereinhalbfaches der üblichen Jahresmenge betrug, hat zu neuen Arbeitsrückständen, zu Fehlern bei der Bearbeitung bzw. der Bescheiderstellung und zu Fehlbeträgen in der Jahresrechnung geführt. Das Haushaltssoll 2006 wurde deutlich unterschritten, weil noch nicht alle Eltern bis Ende November 2006 Festsetzungsbescheide erhalten hatten und diese (noch fehlenden) Sollstellungen erst Anfang 2007 zur Sollstellung kamen.

Auch die vermehrt eingegangenen Beschwerden (37 Eltern, 13 Kindertagesstätten und der Verband berufstätiger Mütter sowie eine Vielzahl von Telefonaten und E-Mails) gegen die neue Satzung wurden zeitnah bearbeitet. Wegen der neuen Satzung legten 22 Eltern Widerspruch ein (6 Familien wegen vermeintlich rechtswidriger Satzung, 11 Familien wegen durch die Satzung bedingter höherer Beiträge und 5 Familien wegen der neuen Geschwisterregelung).

Die im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden am 30.05.2007 behandelte Beschwerde eines Bürgers im Zusammenhang mit der Bearbeitung eines Austrittsfalles aus dem Jahr 2002 war nicht zuletzt wegen der Verkettung unglücklicher Umstände eine zwar nicht in der Sache aber der Bearbeitung derselben durchaus berechtigte Beschwerde. Letztlich waren vor allem die hohe Arbeitsbelastung und der zeitliche Druck Ursache für diese Beschwerde.

### **3. personelle Maßnahmen**

Seit 01.02.2006 konnte für zwei Jahre eine Mitarbeiterin eingesetzt werden, durch die die laufende Bearbeitung (auch die zusätzliche Bearbeitung der OGS-Kinder) verbessert werden konnte.

Seit März 2006 sind alle Sachbearbeiterplanstellen besetzt. Ab 15.08.2006 wurde eine Sachbearbeiterin mit 0,5 Stellenanteil nach der Rückkehr aus dem Erziehungsurlaub für die Bearbeitung der Austrittsakten - zunächst wegen bevorstehender Verjährung mit den Akten aus 2002 - eingesetzt. Alle noch offenen Austrittsakten 2002 konnten bis 31.12.2006 abschließend bearbeitet werden. Es wurden Nacherhebungen (abzüglich Erstattungen von 7.069,99 €) in einer Höhe von 59.906,39 € erzielt. Im Zusammenhang mit dieser Abarbeitung der Austrittsfälle war auch der für die Beschwerde Anlass gebende Fall bearbeitet worden.

Seit 01.03.2007 ist eine dazu abgeordnete Fachkraft damit beauftragt, die ca. 170 Widersprüche zu bearbeiten, die sich in der Zwischenzeit angesammelt hatten, nachdem auch hier durch häufigeren Wechsel von (durchaus qualifizierten) Aushilfskräften keine tatsächliche Verbesserung des Bearbeitungsstandes erzielt werden konnte.

Seit 01.04.2007 unterstützt eine (bisherige) Auszubildende (ohne Stelle) die Bearbeitung der Austrittsakten.

### **4. Bearbeitungsstand Sachbearbeitung Elternbeiträge**

Für die Bearbeitung der ca. 5.460 laufenden Fälle, die Austrittsüberprüfung (einschl. der Jahre 2003 bis 2006), die Widersprüche und die Kontenprüfung (Klärung von nicht begründbaren

Überzahlungen) sieht die personelle Ausstattung im Sachgebiet Elternbeiträge zz. wie folgt aus:

Laufende Sachbearbeitung: 4,79 Stellen (davon Übersoll 1,0)

Widersprüche: 1,0 Stelle (abgeordnete Fachkraft)

Altaustritte: 1,5 Stellen (davon 1,0 bisherige Auszubildende ohne Stelle)

Kontenprüfung: 0,5 Stelle

Koordination (und im Regelfall Widersprüche): 1,0 Stelle

Bis Mitte Januar 2007 konnte fast allen Eltern (laufende Fälle) ein neuer Bescheid erteilt werden, so dass das „laufende Geschäft“ zwischenzeitlich so gut wie „rückstandsfrei“ bearbeitet werden kann.

Die Widersprüche wurden von rund 170 unbearbeiteten Fällen zwischenzeitlich auf ca. 120 (Stand 31.07.2007) reduziert.

Mit Beginn des Jahres 2007 wurden die Austritte 2003 und 2004 in Bearbeitung genommen. Die Austrittsakten dieser Jahre waren in den Vorjahren von den Sachbearbeitern teilweise bereits abgeschlossen worden. Seit 01.04.2007 werden die Austrittsakten 2005 ebenfalls bearbeitet. Bis zum 31.05.2007 konnten bereits alle Eltern der Kinder angeschrieben werden, die am 31.07.2006 aus der Betreuung ausgeschieden sind. Die Rückläufe werden nun von den zuständigen Sachbearbeitern erledigt und sind zu einem hohen Prozentsatz bereits abgeschlossen. Da für die endgültige Festsetzung aber der – nach geltender Rechtsprechung des OVG Münster - aktuelle Steuerbescheid (hier 2006) vorliegen muss, den noch nicht alle Eltern besitzen, konnten noch nicht alle Fälle abschließend bearbeitet werden. Es ist darauf hinzuweisen, dass eine abschließende Bearbeitung der Austrittsakten immer nur im Folgejahr des Austrittes vorgenommen werden kann, weil hierfür der jeweilige Steuerbescheid vorliegen muss.

Insgesamt konnten von den im Januar 2007 ermittelten 2416 unerledigten Austrittsakten (2003 – 2006) ca. 70 % abgeschlossen werden. Derzeit (Ende Juli) gibt es noch 744 unbearbeitete Austrittsakten, die spätestens bis Frühjahr 2008 abgearbeitet sein werden.

Die Änderung des Bescheidaufbaus und der Bescheiderstellung sowie die kundenfreundliche Übernahme der aktuellen Kassendaten (welche Nachzahlung bzw. Überzahlung ist durch den neuen Bescheid entstanden) sind auf den Weg gebracht und sollen in die Bescheide für das Kindergartenjahr 2007/2008 (Beginn 01.08.2007) einfließen. Durch entsprechende Probeläufe soll sichergestellt werden, dass diese neue Kassenschnittstelle auch tatsächlich zu einer klareren und kundenfreundlicheren Bescheidformulierung führt.

Tabelle über den Bearbeitungsstand

	Stand: 26.01.07	Stand: 31.03.07	Stand: 31.05.07	Stand 31.07.07
belegte (eingegebene) Plätze in Kindertagesstätten, Kindertagespflege und Offenen Ganztagsgrundschulen	5336	5460	5464	5413
Bescheide aufgrund aktueller Unterlagen	2521	3384	5379	annähernd alle Bescheide beruhen auf

				aktuellen Angaben
Widersprüche	noch zu bearbeiten 160	noch zu bearbeiten 168	noch zu bearbeiten 154	noch zu bearbeiten 121
Austritte 2003 - 2006	noch zu bearbeiten 2416	noch zu bearbeiten 2256	noch zu bearbeiten 1121	noch zu bearbeiten 744

Die im Abstand von 2 Monaten erstellten Statistiken belegen den sukzessiven Abbau der Arbeitsrückstände. Bis Ende des Jahres 2007/ Frühjahr 2008 werden voraussichtlich die Rückstände abgearbeitet sein, und es ist davon auszugehen, dass mit dem vorhandenen Personal (ohne Übersollkräfte) keine neuen Rückstände entstehen. Auch durch bevorstehende gesetzliche Neuregelungen (KiBiZ) werden nur geringe Änderungen eintreten, da die Stadt Bergisch Gladbach alle Änderungen (Betreuungsbudgets, Geschwisterregelungen, familienbezogene Bearbeitung) bereits mit der neuen Satzung eingeführt hat. Evtl. Änderungen der Satzung sind nur redaktionell (z.B. im Bezug auf den durch die Rechtsprechung geänderten Einkommensbegriff) notwendig. Neue Rückstände sind damit nicht zu erwarten.

## 5. Bearbeitungsstand bei der Stadtkasse

Die Probleme und Rückstände im Sachgebiet Elternbeiträge bzw. deren beschleunigte Abarbeitung wirken sich auch auf die kassenmäßige Abwicklung der Elternbeiträge aus. Für die kassenmäßige Abwicklung (und darüber hinaus auch noch für weitere Einnahmearten) war in der Vergangenheit nur eine Buchhalterin bei der Stadtkasse zuständig.

Aufgrund der oben genannten Probleme im Sachgebiet Elternbeiträge (u. a. Personalprobleme FB 5, DV-Probleme, höhere Fallzahlen, gesetzliche Änderungen) hat sich auch der Arbeitsaufwand bei der Stadtkasse erheblich erhöht mit der Konsequenz, dass im Rahmen einer organisatorischen Veränderung diese Buchhalterin nur noch für die Elternbeiträge zuständig war.

Die weitere negative Entwicklung machte es erforderlich, dass seit August 2006 eine zusätzliche Buchhalterin (ganztätig) und seit Februar 2007 noch eine weitere „Halbtagskraft“ in diesem Bereich eingesetzt werden muss. Insgesamt sind also zz. 2,5 Personalstellen bei der Stadtkasse mit den Elternbeiträgen befasst.

Die derzeitige Situation ist die, dass aufgrund von längerfristigen Personalausfällen in diesem Bereich der Stadtkasse eine zeitnahe kassenmäßige Abwicklung der Elternbeiträge nicht möglich ist; hier wird nach der Urlaubszeit vorübergehend eine weitere Arbeitskraft eingesetzt werden müssen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass aufgrund der bestehenden Gesamtprobleme (FB 5 und Stadtkasse) seit ca. August 2006 (!) keine regelmäßigen Beitreibungsmaßnahmen (Mahnungen) mehr durchgeführt werden konnten. Es ist vorgesehen, diese im August d. J. wieder aufzunehmen; inwieweit danach weiterer kurzfristiger Handlungsbedarf erforderlich wird, bleibt abzuwarten.

Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Entwicklung bei den Kasseneinnahmeresten und den Überzahlungen in den letzten Jahren:

<b>Kasseneinnahmereste und Überzahlungen "Elternbeiträge Kita"</b>		
	Kasseneinnahmereste	Überzahlungen
Zwischenergebnis 30.06.2007	907.979,42 €	330.765,19
Jahresabschluss		
2006	880.445,90 €	1.041.223,25 €
2005	1.007.670,13 €	374.916,99 €
2004	922.208,31 €	339.860,12 €
2003	492.978,05 €	360.151,47 €
2002	308.447,20 €	335.039,72 €
2001	361.963,15 €	315.000,32 €
2000	346.712,60 €	224.668,07 €

Die erheblichen Überzahlungen zum Ende des Jahres 2006 erklären sich durch die nicht in vollem Umfange durchgeführten Sollstellungen für 2006, d. h., die Eltern hatten -wie von uns gewünscht- bereits Zahlungen geleistet, ohne dass sie einen Bescheid vorliegen hatten. Mit der Sollstellung Anfang 2007 wurde der Großteil der vermeintlichen Überzahlungen dann wieder ausgeglichen.

Die Kasseneinnahmereste 2006 (880.445,90 €) teilen sich auf folgende Fälligkeiten auf:

<b>Kasseneinnahmereste "Elternbeiträge Kita " 2006</b>		
Fälligkeit		
Fälligkeit	2007 - 2011	* 164.000,00 €
Fälligkeit	2006	269.000,00 €
Fälligkeit	2005	187.000,00 €
Fälligkeit	2004	117.000,00 €
Fälligkeit	2003	73.000,00 €
Fälligkeit	2002	22.000,00 €
Fälligkeit	2001	19.000,00 €
Fälligkeit	2000	17.000,00 €
Fälligkeit	vor 2000	16.000,00 €
	<b>Summe</b>	<b>880.445,90 €</b>

\*hier handelt es sich um Stundungen, die als Kasseneinnahmereste behandelt werden, obwohl die Fälligkeit erst in der Zukunft liegt

Die Kasseneinnahmereste entstehen hauptsächlich durch

- Nachberechnungen / Nachforderungen, die nicht in einer Summe gezahlt werden können und daher gestundet werden,
- Höchstfestsetzungen, wenn kein Einkommen nachgewiesen wird und die Eltern nicht zahlen
- Eltern, die die Forderung nicht begleichen (können)
- Fälle, die aufgrund von bisher vergeblichen Beitreibungsversuchen noch nicht vorübergehend niedergeschlagen sind (zz. ca. 90.000 €, die sobald die Vorbereitungen auf das Kita-Jahr 2007/2008 beendet sind, vorrangig bearbeitet und bis Ende 2007 bearbeitet sind).

